
Ethisches Regieren

Über den Einfluss von Wissen und ethischen Werte auf politische Entscheidungsfindungsprozesse

Guillermo León Escobar Herrán

„Es ist an der Zeit, dass die Hunde heulen“
Aus dem „Libro de las Voces“

Über ethisches Regieren ist schon viel geschrieben worden und auch die Schlussfolgerungen der verschiedenen Autoren stimmen – wenn auch gewiss mit unterschiedlichen Schwerpunkten – überein. Ganz allgemein ist von einem großen Defizit in Bezug auf die Ethik und das ethische Denken in diesen Zeiten die Rede. Jedoch wird auch bemerkt, dass kaum eine Epoche ein solches Interesse an dem Thema gezeigt hat. Groß ist die Zahl derer, die schreiben, debattieren, öffentlich Fragen stellen und breite Diskussionsforen bilden, auf denen die unterschiedlichsten Positionen zum Vortrag kommen.

Die Analyse der Vergangenheit ist abgeschlossen, und zwar in erschöpfender Form. Bücher, Studien und Schlussfolgerungen verschiedener Konferenzen sind im Umlauf. Und noch ist bekannt, dass vor allem in Europa eine Debatte über den Relativismus im Gang ist, die von den erlesensten Denkerkreisen geführt wird. Besonders zu nennen sind hierbei jene, an deren Spitze der Katholizismus und, mehr noch, der Papst selbst in Fortführung des Denkens des Professors Kardinal Ratzinger steht.

Es gibt einen großen Katalog mit Mängeln der Demokratie als System und als angestrebtes Ideal. Die Aufgeklärtesten sprechen vom Weg von der Demokratie, die wir haben, zu der, die wir ersehnen. Und sie entwerfen zwischen der einen und der anderen fast eine Reise vom Guten zum Bösen. Hierbei vergessen sie in vielen Fällen den alten Ansatz von der „Vervollkommnungsfähigkeit“ des Menschen oder verfangen sich in anderen Fällen in der ebenfalls uralten Bestätigung, dass „die Vergangenheit insgesamt besser war“.

Als das 20. Jahrhundert zu Ende ging, nannte man es das „Jahrhundert der mörderischen Ideen“. Doch die, die es so sahen, vergessen, dass es auch das Jahrhundert der größten Sensibilität gegenüber den Bürgerrechten, den Menschenrechten und einer Reihe anderer Elemente des Denkens war, die heute ein Haben bei der Entschlossenheit darstellen, die Politik, die Institutionen sowie unter all diesen die Demokratie selbst zu bewahren.

Aber haben das Wissen und die Werte tatsächlich Einfluss auf die Entscheidungsprozesse in der Politik? Die Antwort lautet „ja“. Und ich bin davon überzeugt, dass es schlimmer um die Dinge bestellt wäre, wenn das Wissen und die Werte sich nicht entwickelt hätten. Unsere politische Kultur leidet nicht an gelungenen Darlegungen und unsere Institutionen entbehren dieser nicht. Das Problem liegt woanders und es lohnt, ein Stück weit zu gehen, um es zu lokalisieren.

Nicht umsonst sind wir im 21. Jahrhundert, im dritten Jahrtausend, angekommen. Und uns befallen zahlreiche Zweifel, wenn wir uns danach fragen, was noch vor uns liegt bei dem Bestreben, die Institutionen, die Wirtschaft, die Politik und selbst die Kultur humaner zu gestalten, die sich bisweilen vom Fortschritt des Wissens überfahren fühlt, von den außerordentlichen Anwendungen in Wissenschaft und Technologie. Diese würden, falls wir uns in die Situation des Denkens in einer „fiktiven Auferste-

hung“ eines unserer Großeltern versetzten, in vielen Fällen dazu führen, dass eben dieser beim Anblick dessen verrückt werden würde, was der Mensch im Zufälligen an Wandlungen vollzogen hat und wie nahezu unveränderlich er doch im Grundsätzlichen bleibt.

Nun gut, die Demokratie ist eine jener Wahrheiten, jener Wirklichkeiten, die da sind wie ein „sein sollen“, das sicheren Schritts dem Erreichen von Zielen entgegenstreben soll, die seit langem gesteckt, nie aber erreicht worden sind.

Das Problem ist, dass wir es nicht vermocht haben exakt zu definieren, ob der Mensch von den genetischen Merkmalen, die wir in uns tragen, her „von Natur aus demokratisch“ ist oder nicht. Perplex machen uns die Aussagen unserer Vorfahren, wenn wir von ihnen hören, dass „der Mensch dem Menschen ein Wolf“ sei, dass „das Gesetz des Stärkeren“ in Geltung und nicht außer Kraft gesetzt sei und dass jene Wahrheit unwiderlegbar sei, nach der fast in der Mehrheit der Fälle, ja nahezu in allen Fällen „der große Fisch den kleineren verschlinge“, so wie Bertold Brecht es in seinen Geschichten erzählt. Und wir erhalten in Vielem die Bestätigung all dieser Vermutungen – wenn uns unter den Werten, die es umzusetzen gilt, und unter den Tugenden, die es zu entwickeln gilt, jene der Solidarität, der Großzügigkeit und des Altruismus begegnen und wenn als „Zivilisation“ bezeichnet wird jenes Streben nach dem „Besseren“ im Sinne des Teilens, des Nichtzerstörens, des Treffens von Entscheidungen im Verbund mit den anderen, der Berücksichtigung dessen, dass die anderen Brüder sind, dass wir Ideale teilen müssen, dass wir „Menschenrechte“ haben, die uns allen gehören und dass all dies der Kern der Kultur, der Zivilisation sowie der Geschichte ist und dass es als angemessen anzusehen ist, diese Rechte umzusetzen. Denn indem wir all dies erreichen, geben wir ein Zeugnis von der Lebensqualität und unserem positiven Einfluss auf die Erde.

Die Demokratie ist sodann einer der Juwelen, der uns definiert. Ihre Geschichte ist von Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Das Konzept ist alt, und die Griechen erforschten und schätzten es bereits so sehr, dass sie es als „Regierung des Volkes“ definierten, eines Volkes, das in sich selbst Kraft hat, Fähigkeiten birgt und voller Ideale ist, die den Anderen im Blick haben. ... Nur dass die Griechen selbst – Realisten, die sie waren – ihren Grundsätzen nicht untreu wurden (auch wir tun dies nicht), sondern die dazu Fähigen – die Politik und die Religion – damit beauftragten, neu, indes ohne die wunderbare Definition anzutasten, zu bestimmen: „Was ist Volk?“

Und dies fiel ihnen nicht schwer, denn ihr Konzept vom Menschen war reduktiv. Es umfasste nicht alle, denn die Sklaven, die für sie arbeiteten, waren allenfalls „ein paar dem Menschen recht ähnliche Tiere“. Ich glaube, es war der große Aristoteles, der dies sagte. Doch an ihm werden wir unsere Wut nicht auslassen, denn die praktischen Korrekturen mussten einen mehrere (nahezu 20) Jahrhunderte währenden Evolutionsprozess durchlaufen, ehe sie dessen Konzept modifizierten. Ich glaube, dass die Indianer, die Schwarzen und die Frauen, die erst Mitte des vergangenen 20. Jahrhunderts das Recht auf Teilhabe an der Demokratie erhielten, uns dies bestätigen könnten bzw. Nelson Mandela uns dies in hinreichender Form erläutern könnte. Und Sie wissen – trotz all dem –, dass die Demokratie selbst in „Rohform“ noch darauf wartet, in verschiedenen Ländern zum Zuge zu kommen.

Alles scheint darauf hinzudeuten, dass das demokratische Ideal bei seiner Verwirklichung nur langsam nach vorne kommt. Und doch müssen wir die Anstrengung unternehmen, es nach vorne zu bringen.

Die Demokratie und die Demokratien sind Themen, die uns beschäftigen, und zwar mit Dringlichkeit. Und dies ist in der Tat so, denn es hat sich gezeigt, dass die Grunddefi-

dition von „Demokratie als Regierung des Volkes“ sich nur in jenen Gruppen von Gleichen entfalten kann, die die Geschichte als Aristokratie kennt, bei der ein jeder eine Beteiligungsquote in der Kraft der kleinen Heere im Rücken hatte – jene der Grafen, der Fürsten, der Marquisen oder der *Hidalgos* („hijo de algo“ = „Sohn von etwas“), die einen wohlwollenden Herrn hatten und ihr eigenes Recht auch auf der Basis des Besitzes eigener Güter zu verteidigen vermochten.

Es musste noch eine Zeit vergehen, ehe der Verlauf der Jahrhunderte in England eine kleine Erhebung des gemeinen Volkes möglich machte. Danach musste erneut eine Zeit bis zur Französischen Revolution und bis zur Amerikanischen Revolution verstreichen, in deren Verlauf das Konzept der Demokratie seine Erweiterung fand, weil das Konzept des „Bürgers“ erweitert wurde und die Einbeziehung der Gebildeten und der die Steuern Zahlenden ermöglichte. Denn das Nichtzahlen von Steuern war – und ist es möglicherweise immer noch – eine der schweren Angriffe auf die Demokratie.

Und auf diese Weise bahnten sich Ideen wie die Gewaltenteilung des Montesquieu ihren Weg, der die Gewissheit vertritt, dass die Gewalt zu teilen, zu dezentralisieren und in den exekutiven, legislativen und jurisdiktionellen Bereich zu streuen sei. Doch sei sie nicht nur in diese Bereiche, sondern auch in den kommunalen und regionalen Bereich aufzuteilen, in die rechtliche Akzeptanz der Interessengruppen und in die elektorale Macht der Zivilgesellschaft. Voraussetzung ist indes – unter der Annahme der Idee Max Webers – dass die Waffengewalt insgesamt einer Instanz übergeben wird, die der Staat ist und die es den unbewaffneten Bürgern gestattet, mit Hilfe des Verstandes oder des Gesetzes ihren Konflikten auszuweichen und zu verhindern, dass das ihnen verliehene, durch seine Ausübung in die Breite wirkende Stimmrecht durch den kon-

ditioniert werden kann, der zuvor in der Lage war, mich zu bedrohen.

So gelangte man zu dem günstigen Moment des universellen Wahlrechts, und die Idee der Demokratie begann Gestalt anzunehmen. Damals sprach man von der „Volksdemokratie“, von „partizipativer Demokratie“ – alles überflüssige Konzepte, denn wenn eine Demokratie nicht das Volk im Blick hat, ist sie keine Demokratie, und wenn sie nicht auf Teilhabe beruht, ist sie es im Grunde auch nicht.

Wie man sieht, sind wir gerade dabei, die gleiche Arbeit zu leisten, die die Griechen geleistet haben. Wir schätzen die großen Konzepte durchaus nicht gering, die es uns gestatteten, uns lächelnd vor den anderen zu präsentieren. Doch haben wir es auch gelernt, dieselben im Rahmen ihrer Definitionen und Beschränkungen anzuwenden. Und damals sagten wir – wie man vielerorts sagte –, das Recht auf Ausübung der Wahl sei für die, die des Lesens und Schreibens unkundig wären. Doch wir waren nicht gewillt, die Initiativen zur Alphabetisierung auszudehnen. Und dann wiederum sagten wir, das Wahlrecht sei nur für die Angestellten, denn die Arbeit mache die Menschen frei – und so weiter. Und wir fuhren fort – und dies war der Gipfel der Spitzfindigkeit, indem wir uns selbst erstaunt über das gaben, was wir rund um die Demokratie und um deren elementarste Ausdrucksform, das Stimmrecht selbst, zu schaffen in der Lage gewesen sind.

Gestern hieß es, der Analphabet durfte nicht wählen, weil er nicht verstand, was geschah, weil er die Informationen nicht zu verwalten vermochte. Und heute ist es nicht anders, denn die Psychologen und Soziologen beklagen sich darüber, dass die Wähler nicht unterscheiden, verwirrt durch den steten Fluss von „Information – Desinformation“, der sie zu Objekten der Interessen anderer mache, nicht aber zu Subjekten ihres eigenen Willens. Daher sind die Überlegung und die Sorge berechtigt, ob tatsächlich in

echter Freiheit und mit der Klarheit gewählt wird, die dieser grundlegende Akt der Demokratie erfordert.

Wie man bei angemessenem Nachdenken erkennt, sind wir gar nicht weit von der Eingangsüberlegung entfernt.

Es ist möglich, dass die Menschen in einigen Nationen freier sind als in anderen, aber ich vermag mich nicht damit aufzuhalten, eine Auswahl der Länder zu erstellen, die von den einen oder anderen Gegebenheiten betroffen sind: Ich muss es Ihrer Bewertung überlassen. Möglich ist außerdem, dass die Fachleute bemerken, dass man die Wähler der Freiheit beraubt hat, diese selbst sich dessen jedoch nicht bewusst werden und mit mehr oder weniger Naivität von der „Waffe des Stimmrechts“ in der Hand des Bürgers sprechen. Es ist dies eine aktive Metapher, die in der Regel später zu Überraschungen führt, wenn die Menschen entdecken, dass sie mit „jemandem“ an die Macht gelangt sind, der jedoch noch so weit – oder weiter als früher – entfernt ist.

So kommen dann also die großen Analysten erneut mit der Erklärung, und diese klingt wie eh und je. Wollen wir hören, was sie sagen: „Solange zwischen den einen und den anderen Kandidaten solch große wirtschaftliche Unterschiede bei der Verfügbarkeit der Mittel zur Förderung der ‚Wahldemokratie‘ bestehen, darf man wohl von einem Scherz sprechen.“ Auf diese Weise drängt sich das Thema der Wahlkampffinanzierung, der Finanzierung der politischen Parteien sowie des Eingreifens wirtschaftlicher Kräfte in das Treiben der politischen Bekehrungseiferer auf.

Wenn man die staatliche Finanzierung der Kampagnen betreibt und gleichzeitig den Einsatz privaten Kapitals für außerordentliche Zuwendungen verbietet, die die erzielte Gerechtigkeit erneut aus dem Gleichgewicht bringen, wird man die Demokratie begrüßen, die nun tatsächlich im Entstehen begriffene Demokratie. Schließlich haben sich auf diese Weise am Ende die beiden Zentren der Unter-

werfung des Willens der Bürgerschaft aufgelöst – und zwar die Macht der Waffen und die Macht der Wirtschaft.

So atmet man schließlich tief durch, als wäre das Problem gelöst worden. Doch dann bricht sich die schmerzhafteste Erkenntnis Bahn, dass nach wie vor – und zwar in vielen Bereichen – mit den versteckten Karten der Wirtschaft gespielt wird. Denn es ist nicht erforderlich, „das Geld jetzt auf den Tisch zu legen“, um eine Stimme zu konditionieren. Vielmehr hat das „Wahlversprechen“ der „verzögerten Zahlung“ Karriere gemacht und wird zur weltpolitischen Version des „Kaufversprechens“, ganz so wie im regulären Geschäftsalltag.

Manche haben durchaus vernünftige Ausführungen über die unerfüllte „Wahlversprecherei“ vorgelegt und heben zwei Gruppen hervor – eine mit der „nahen Klientel“ entsprechenden Merkmalen und eine andere mit dem offenen Versprechen gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen. Dies ist ein Versprechen, von dem man von vornherein weiß, dass es nicht erfüllt wird, das sich aber fast immer tarnt oder in der Sprache der Statistiken diskutiert wird, mit deren Hilfe man alles rechtfertigen kann.

Transparenz und ihre ethische Herausforderung

Derjenige, der aufmerksam zugehört hat, wird feststellen, dass wir die gravierenden Probleme der „Transparenz“ aufgeworfen haben. Letztere stellt eine besondere Herausforderung dar, ist sie doch eine der Voraussetzungen, unter denen Demokratie entsteht und wächst, ihre Dimensionen erhält und ihre Stärkung erfährt.

Jedoch können wir mit der „Transparenz“ nicht auf die gleiche Weise spielen, wie es andere mit der „Demokratie“ getan haben, die zwar das Konzept bejahen, uns aber bei dessen Umsetzung vom Weg abbringen wollen.

In der Tat muss die „Transparenz“ alle Ebenen erreichen, selbst jene des Zugangs zu den Kommunikationsmedien Fernsehen, Rundfunk, Printmedien und Internet, aber auch die mit den fortgeschritteneren Technologien verbundenen wie SMS und andere. Und sie muss die räumliche Flexibilität zur Sicherstellung der Begegnung mit den Wählern erreichen und hierbei sehr gründlich klären, wie mit denen zu verfahren ist – von den die Macht Innehabenden bis hin zu den um Wiederwahl Bestrebten –, die möglicher- oder tatsächlicherweise alle Fäden der Macht zu ihrem eigenen Nutzen ziehen. Es ist dies eine Situation, die darüber nachdenken lässt, ob eine beachtliche Ausweitung der Amtszeit des Präsidenten nicht die intelligentere Option wäre, um eine barsche Antwort im Sinne des Vorwurfs der Naivität bezüglich der Wahlen an die zu vermeiden, die die Herausforderung des Mächtigen annehmen, ohne zuvor die Gewissheit zu besitzen, über die gleichen Waffen und die gleichen Ressourcen zu verfügen.

Bei diesen unterschiedlichen Aspekten der Transparenz spielt sehr deutlich auch das Instrument der „Aufhebung des Mandats“ mit. Diese Methode, vorausgesetzt, sie findet ihre Umsetzung in einer wohl konstituierten Demokratie, hat ihren Sinn: Anderenfalls kann sie sich in eine „Währung“ der Erpressung von Gruppen verwandeln, und zwar für den, der eine ihm durch demokratische Wahlen übertragende Macht ausübt, so unvollkommen diese selbst auch sein mag.

Diese Gewissheiten zu bewahren oder noch zu bereichern bedeutet, in die „Bürgerkultur“ die Gewissheit aufzunehmen, dass die Demokratie ein bestimmtes Instrument ist, dass die Transparenz in der Demokratie die Versuchung der Rückkehr zur Gewalt unterdrückt und dass die „Internationalen Wahlbeobachtermissionen“ als Teilhabende an der Sicherstellung eben dieser Transparenz die Gewissheit haben können, dass die Legitimation im Rahmen der internationalen Ordnung garantiert ist.

Für die Demokratie arbeiten heißt für die Transparenz arbeiten. Es heißt der Demokratie frische Luft bieten, damit sie atmen kann, und es heißt gleichzeitig, den siegreichen Herrscher zu verwandeln – nicht in den Herrscher einer durch Wahl zustande gekommenen Mehrheit, sondern in den Lenker einer gesamten Nation, der selbst den „Grundkonsens“ der Gegner derselben genießt.

Politik und Glaubwürdigkeitskrise

Heute durchläuft die Politik eine Glaubwürdigkeitskrise: Man braucht es nicht erst zu erwähnen, alle erkennen es. Der Politiker ist herausgefordert, weil die Menschen ihm nicht glauben. Und sie glauben auch der Partei nicht, die hinter ihm steht, hält man sie doch für oberflächlich, verlogen und ehrlos.

Solange dies keine Korrektur erfährt, wird der Traum nicht Wirklichkeit, in Anlehnung dessen Vaclav Havel anregte, dass immer dann, wenn die Leute sagen würden „Dort kommt ein Politiker“, alle auch sagen könnten, dass in seiner Begleitung stets die Wahrheit kommt.

Die Glaubwürdigkeit kennzeichnet das Überleben der Politik, weist auf die Zukunft der Demokratie hin. Sie kennzeichnet den Anfang dessen, was Maritain bei seinem Bemühen, die Demokratie weit jenseits des rein die Wahl Betreffenden zu definieren, den Anfang eines Konzeptes nannte, das sich ohne Schwierigkeiten dem vollen Verständnis aller erschließt. In der Tat bestätigt er, dass „die Demokratie mehr als eine Form der Regierung eine Form des Lebens ist“. Und damit hat er Recht, und es ist die Definition, die wir beginnen sollten zu versöhnen mit derjenigen der Transparenz, denn in einer Gesellschaft, die sich zum Humanismus bekennt, kann man nicht in den einen Belangen demokratisch sein und in den anderen nicht.

Im Bereich der Politik kann dies durchaus passieren. Ich glaube, wir stehen kurz vor einer Reihe von Versuchungen, die sich für uns aus der Entwicklung der Philosophie, der Informatik und der neuen Dimensionen der Wissenschaft und der Technologie ergeben. Von all diesen hören wir den Gesang, so wie ihn die Gefährten des Odysseus hörten, und können – um dieses Bild weiterzuentwickeln – das geringe, aber bedeutsame Maß an Demokratie zerstören, das aufzubauen uns bis heute gelungen ist.

Odysseus rettete sich, weil er sein Möglichstes tat, um nicht zuzuhören. (Er band sich am Mast des Schiffes fest und stopfte sich Wachs in die Ohren.) Und ich glaube, auch für uns ist die Stunde gekommen, bewusst „Nein“ zu sagen sowohl zur Elektronik beim „Wahlakt“ und beim Akt der Basisauszählung der von den Bürgern abgegebenen Stimmen als auch zu zahlreichen anderen Neuerungen, die in der Theorie verführerisch sind und auf den ersten Blick wie ein Schritt nach vorn erscheinen – sei es etwa bei der Bürgerbeteiligung oder bei den Formen der Kontrolle des täglichen Geschehens mit dem Ziel, mehr Sicherheit zu bieten. Fast immer werden hierbei ganz beachtliche Teile der Freiheit geopfert und fast immer geschehen so viele Dinge, die das Gewand der Modernisierer tragen, die indes so vergänglich sind wie die Mehrheit der – kulturellen und nicht kulturellen – Erzeugnisse, die uns heute angeboten werden. Vor all dem hat sich die Demokratie, hat sich aber auch die Regierbarkeit vorzusehen, wenn sie im Grundsätzlichen die Oberhand behalten wollen.

Zu den bisher dargelegten Ausführungen muss noch das keineswegs immer konstruktive Handeln des amtierenden Herrschers gezählt werden. Denn die im Amt befindliche Regierung, die sicher nicht durch jemanden ersetzt werden möchte, der sich – auch in jenen Ländern, in denen Wiederwahl besteht – als gnadenloser Kritiker ihres Handelns erweisen könnte (denn es wäre naiv zu glauben, dass es für

die „alle Garantien“ geben könnte, die sich aufstellen, um gegen den erfolgreich Regierenden anzutreten), sollte die Kontrollnormen angleichen und sie unabhängigen oder von der Opposition geführten Organen übergeben, um nicht der Versuchung zu erliegen, Richter und Parteinnehmer zugleich zu sein und sich die Programmierung der Instrumente der Informatik anzueignen, die die Ergebnisse sammeln und verwalten.

Indes besteht das größere Problem in der Möglichkeit, dass die „volunté générale“ vom Kurs abgebracht, verzerrt und missbraucht wird. Dies wäre der Tod der Demokratie und das sichere Ende des gesamten Zivilisationsversuchs, der uns das Zusammenleben ermöglicht und die Grundlagen geschenkt hat, um auf ihnen die Freiheit und eine Zivilisation zu errichten, die, wenn auch gewiss noch manches zu wünschen übrig bleibt, zumindest für die Epoche der am weitesten gediehenen Humanisierung – aus der Distanz gesehen – steht und stand.

Es wäre der Triumph einer erbarmungslosen Technologie in den Händen des Orwell'schen „Big Brother“ oder jener Ironie der „Glücklichen Welt“ des Hermann Hesse, in der – unabhängig vom Denken eines jeden Einzelnen und von kollektiven bzw. gemeinschaftlichen Übereinkommen – derjenige triumphiert, der Herr des Generalschlüssels ist, des „Chips“ oder des Geheimnisses, mit dessen Hilfe es möglich ist zu kontrollieren und sich die übrigen Menschen dienstbar zu machen.

Schön und gut ist der Fortschritt, schön und gut die Entwicklung, schön und gut auch die Ergänzung, die uns die Wissenschaft, die Technologie und die Biotechnologie bieten – solange diese die Protagonistenrolle des Menschen nicht ersetzen, solange diese kein Ersatz für die Verantwortlichkeit eines jeden Einzelnen sind und solange diese Instrument unserer Freiheit sind, nicht aber das Labyrinth, in dem die Gewissheit vom Weg abkommt, dass wir Kinder der Ver-

gangenheit, Gestalter der Gegenwart und Väter unserer Zukunft sowie derjenigen kommender Generationen sind.

Was also ist zu tun?

Es steht außer Zweifel, dass die Regierbarkeit der Welt, insbesondere in dieser Zeit der Globalisierung, vor allem eine globale Ethik erfordert, in der zumindest alle Bürger, die Interessengruppen in einem Land, die die Mehrheit stellen, sowie die unmittelbar oder durch das subsidiäre Handeln des Staates organisierten Minderheiten mit der Gleichheit aller vor dem Gesetz einverstanden sind. Und sie erfordert die Akzeptanz, dass eine demokratische Verantwortung nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber den anderen besteht und dass diese Welt, die wir entwerfen, eine klare Transparenz aufweisen muss sowohl im Hinblick auf die Information als auch im Hinblick auf die Fortschritte bei der Verbreitung des Wissens.

Diese Ethik schließt die Entwicklung einer allgemeinen Moral in jeder Nation ein, auf die man sich beziehen kann, stellt sie doch die Merkmale eben dieser Nation dar. Diese allgemeine Moral muss unersetzbare Bezugspunkte wie die Respektierung der Menschenrechte aufweisen, die, indem sie in der Vielfalt ihrer generationenbezogenen Ausdrucksformen umgesetzt werden, den ethischen Reichtum darstellen, der wiederum die Grundlage der Regierbarkeit ist.

Jedoch unterscheidet sich das, was von einer Nation erwartet wird, nicht wesentlich von dem, was mit Blick auf die Globalisierung für die Gesamtheit der Nationen gefordert wird, die sich in der Welt darum mühen, Spannungen abzubauen und sich dem Aufbau einer friedvollen Welt zu widmen. Dies bedeutet, dass in einer globalen Ethik die Länder vor dem von ihnen angenommenen Gesetz gleich sein müssen, dass sich die einen für die anderen verant-

wortlich fühlen und in der Geschichte mit uneingeschränkter Transparenz handeln, dass sie sich zur Entwicklung einer Moral fähig zeigen, die, da sie ihnen allen gemeinsam ist, die Menschenrechte und das internationale Menschenrecht schützt und bereichert, dass sie die Wirtschaftssysteme öffnen und miteinander verflechten und dass sie schließlich berücksichtigen, dass das Gleichgewicht, das für das Zusammenleben unverzichtbar ist, vom Fortschritt in der Realisierung des internationalen Gemeinwohls bestimmt wird.

Und dies hingegen ist, wie wir eingangs sagten, in klare Worte gefasst. Das Problem besteht darin, dass die Mächtigen der Welt sich im Augenblick der Anwendung taub stellen, wenn irgendein Interesse zu irgendeinem Zeitpunkt zur Last wird. Und diese Mächtigen entziehen sich der internationalen Gesetzgebung, wie es beim Atomclub geschieht, beim Waffenverkauf, bei der Umsetzung der Haftbestimmungen im Falle von Kriegsverbrechen, bei den Statuten betreffs der Kriegsgefangenen, bei der Umsetzung der Kioto-Abkommen, bei der Existenz von Gefängnissen, die sich der Kontrolle der internationalen Gemeinschaft und des Roten Kreuzes entziehen, und schließlich bei der Verwaltung von Kapital, das, obschon es aus dem Verkauf von und dem Handel mit Drogen, dem Verkauf konventioneller Waffen oder der systematischen Ausbeutung der Ressourcen eines Landes stammt, dazu dienen könnte, einen ganz beachtlichen Teil der gegenüber den Armen bestehenden gesellschaftlichen Schuld zu tilgen.

Dies fordert logischerweise die Einrichtung heraus, die Garant dieses Prozesses einer weltweiten ethischen Regierbarkeit sein sollte, nämlich die Organisation der Vereinten Nationen. Und diese wiederum sollte einleuchtend darlegen, dass in dem Maße, in dem sich das Ungleichgewicht des „Vetorechts“ Geltung verschafft, eine wirkliche „ethische Regierbarkeit“ nicht zum Zuge kommen kann.

Andererseits schaut die Welt – und dies nicht nur bei den großen Themen der theoretischen Diskussion über die Gerechtigkeit und andere Fragen dieser Größenordnung – sprachlos auf das Anwachsen der Gewalt und das Auftreten der verschiedenen Ausdrucksformen des Terrorismus, zu denen unvermeidbar auch die Präventivkriege zu zählen sind oder die durch wirtschaftliche Interessen bedingten Kriege – wenn hier auch die Interessen mit dem Deckmantel der Abwehr einer Bedrohung der Weltbevölkerung getarnt sind –, oder das offensichtliche Desinteresse am Schicksal einer Zivilgesellschaft, die geopfert wird, ohne dass irgendjemand seine Stimme zu deren Verteidigung erhebt.

Und wenn man sich weiter umschaute, kommt man nicht umhin, sich angesichts der wachsenden Migration zu sorgen, die zur Feuerprobe der Globalisierung wird, zumal sich täglich neu zeigt, dass die Zahl der Reichen in dem Maße abnimmt, in dem die der Armen und Ausgeschlossenen zunimmt.

Theorien über das, was sein sollte, gibt es durchaus. Und nicht minder gibt es die verschiedensten Erklärungen und die entsprechenden Statistiken. Doch die Wirklichkeit ist dickköpfig und tarnt sich nicht. Die ethische Regierbarkeit wird gemessen an der Förderung des Menschen und des Bürgers, an der Gewissheit seines Überlebens, an der Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, an der Umsetzung des Rechts auf Frieden, an der fortschreitenden Verwirklichung der Menschenrechte in einer jeden ihrer generationsbezogenen Facetten sowie vor allem an der „Globalisierung des Gewissens“ – dem Referenzpunkt, der uns erlaubt zu bewerten, uns selbst zu rechtfertigen, vor uns und vor der Geschichte.

Und dies ist der Grund, warum diese „Globalisierung des Gewissens“ die Thematik der Ethik und die der Transparenz als Bezugspunkte im Kampf gegen die Korruption

haben muss. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, dass dort, wo sich ein öffentlicher Korrupter findet, auch ein privater Korrupteur ist, und dass dort, wo es einen privaten Korrupten gibt, notwendigerweise auch ein internationaler Korrupteur zu suchen ist. Und beiden ist schließlich das Gesicht des „Unschuldigen“ zu verleihen, d. h. des Korrupten durch Unterlassung, der dort wegschaut, wo er sehen müsste, und der sich dort taub stellt, wo er hören müsste.

Diese „Globalisierung des Gewissens“ muss begleitet sein durch eine Berufung zur Schaffung und Verteidigung der Institutionalität, denn ohne diese kann das Wissen, das die Bildung der ethischen Regierbarkeit stützen soll, den Weg der Taten nicht finden, die gewöhnlich sichere Wege zur Dezentralisierung und zur Partizipation der Bürger öffnen. Denn schließlich steht fest: Nur die Macht selbst kontrolliert die Macht.

Aus diesem Grunde muss die ethische Regierbarkeit in der „Globalisierung des Gewissens“ die politische Formung neuer Akteure anstreben, die von der Politik aus Kompromisse einer „Good Governance“ entwerfen können.

Tatsächlich muss es darum gehen, eine gute Politik zu gestalten, die in der Lage ist, eine gute Entwicklung auf den Weg zu bringen. Es geht darum, die Gewissheit zu entwickeln, dass nur die guten Politikstile die schlechten korrigieren. Und schließlich ist auch die Überzeugung richtig, dass nicht die Theorien das Problem sind, sondern der politische Wille und die politische Entscheidung, die durch die reduktiven Interessen der Minderheiten blockiert sind, die ihren Nutzen aus der Globalisierung ziehen bzw., darüber hinaus, aus der Ignoranz all der begrenzenden Faktoren, die ihre Ambitionen bremsen.

Schlussfolgerung

Der „Ensayo sobre la Lucidez“, ein Roman des großen portugiesischen Schriftstellers José Saramago, führt uns das Handeln der Bürger vor Augen, die bei den Gemeindewahlen eines Dorfes die von ihnen selbst nicht erwartete Entscheidung treffen, von ihrem Stimmrecht in Form der Abgabe leerer Stimmzettel Gebrauch zu machen, da sie der Meinung sind, niemand verdiene das Vertrauen der Bürger. Die Regierung hält diese Geste für revolutionär und glaubt, die Entscheidung der Bürger untergrabe die Grundlagen des Staates als solche, die Basis jener verkommenen Demokratie, die bei ihren Teilhabern keinerlei positive Wertschätzung zu wecken vermag.

Das Dorf in dem Roman ist ein Dorf, das in der Wirklichkeit existiert, in der alles so sehr organisiert ist, in der alles so sehr programmiert ist, dass der Protest der Wähler, der ein bestimmtes Maß übersteigt, subversiv ist und in jedem Fall unterdrückt werden muss.

„Lasst uns heulen“, sagte der Hund.“ Saramago wählt diesen Spruch aus dem „Libro de las Voces“, denn es ist die Aufgabe dessen, der Vorsicht walten lässt, „zur rechten Zeit zu heulen“. In der Politik gibt es Fehler, deren Korrektur äußerst schmerzhaft ist. Und es sind der Fehler viele, die heute dringend der Korrektur bedürfen.

Wollen wir uns den Weitblick dieses Autors zu eigen machen, der uns von einem Blickpunkt außerhalb der Politik, doch gleichzeitig auch von einem sehr gesunden politischen Standpunkt aus anhält, auf der Hut zu sein. Denn es ist möglich, wie er schreibt, „es kann passieren“, dass wir uns eines Tages werden fragen müssen: „Wer hat dies für mich unterzeichnet? ... Dies kann heute sein!“

Es ist unser aller Aufgabe, im Namen der Demokratie, die wir aufzubauen wünschen, die Fähigkeit zu entfalten, dies mit Klarheit zu tun, eine ethische Regierbarkeit jen-

seits aller Formen von Korruption zu kreieren, die dazu führt, dass die Demokratie auf gesunde Weise durch ihren hohen Gehalt an Werten wächst, die die in ihrem Namen zu fällenden Entscheidungen beseelt. Nur auf diesem Wege werden wir eine sichere und wirkliche „ethische Regierbarkeit“ entwerfen und nicht eine weitere Theorie.